

Darüber hinaus wurde bereits 2015 nicht ein Gesetz gemacht, das jetzt das Tarifeinheitsgesetz in dem Zusammenhang beeinträchtigt, sondern es wurde ein Streikfolgenbereinigungsgesetz überdacht, in dem genau das Gegenstand war. 2015 hätte man das auch entscheiden können. Man hat bewusst davon Abstand genommen.

All das, was Sie jetzt in Bezug auf die betroffene Bevölkerung sagen, betrifft natürlich auch die Streikenden selber; denn das sind doch die Leistungsträger der Gesellschaft. Die leben doch nicht von dem Applaus, der eine Woche im Parlament gespendet wird, sondern sie leben und ernähren ihre Familien von dem Geld, das sie verdienen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Arnold, es ist immer schwierig, einem gelernten Richter zu widersprechen. Ich tue es trotzdem. Erstens. Wenn die Rechtslage so zufriedenstellend wäre, dann müssten wir nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Gerichte regelmäßig gegen die Bahn entscheiden. Deswegen sehen wir Handlungsbedarf.

Zweitens. Ja, Sie haben davon gesprochen, dass die Lokführer Leistungsträger sind. Dem widerspreche ich gar nicht. Aber diejenigen, die mit der Bahn fahren wollen, sind auch Leistungsträger in ihrem Bereich. Deswegen ist ja genau das Problem,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

dass man einer Spartengewerkschaft hier übermäßig viel Macht gibt, die sie aus gewissen Gründen auch tatsächlich ausnutzt. Das wollen wir beschneiden. Deswegen dieser Antrag. Ich werbe noch mal dafür: Stimmen auch Sie diesem Antrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/659 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen von AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Es liegen keine vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/660, 19/661 und 19/672 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation
(Drs. 19/88)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach Vereinbarung im Ältestenrat 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Toni Schuberl.